



19. Oktober 2018

Arbeit im Landtag

Unterrichtung der Landesregierung:

Planungen zu aktuellen energie- und klimapolitischen Herausforderungen

Was sich dahinter verbirgt? Unter anderem die Konsequenzen aus dem Rodungsstopp für den Hambacher Forst. Vor rund zwei Jahren wurde gemeinsam mit den Grünen eine Hambacher Leitentscheidung getroffen. Diese beinhaltete eine Reduzierung des Abbaugbietes. Da jedoch zugleich auf Umsiedlungen ganzer Dörfer verzichtet werden sollte, blieb der Hambacher Forst Teil des kleineren Abbaugbietes. Da ein schrittweiser Ausstieg sowohl mit Blick auf die Energiesicherheit als auch auf den nötigen Strukturwandel im Rheinischen Revier gründlich vorbereitet sein muss, haben wir die Landesregierung aufgefordert, ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Energieversorgung zu entwickeln und sich nicht permanent hinter der Entscheidung unserer früheren Regierung zu verstecken. Strom darf kein Luxusgut werden, sondern muss für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Industrie bezahlbar bleiben. Unter diesen Voraussetzungen sind wir bereit, auch über unsere Leitentscheidung zu diskutieren. Dabei dürfen wir die Menschen im Rheinischen Revier aber nicht vergessen. Ohne den notwendigen Strukturwandel und eine Perspektive für die Betroffenen geht es nicht.



A13 für alle - gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Lehrer/innen



Lehrerinnen und Lehrer leisten über alle Schulformen hinweg einen essenziellen Beitrag für unsere Gesellschaft. Mit dem 2009 in Kraft getretenen neuen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen alle Lehramtsanwärter die gleiche, auch gleich lange universitäre Ausbildung. Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf haben wir daher die berechnete Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform gestellt. Kurz: A13 für alle!

[Drucksache 17/3812](#)

* Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Mehr Demokratie fördern

Nordrhein-Westfalen als Bundesland mit über 70-jähriger Geschichte lebt in guter demokratischer Tradition und war/ ist stets bestrebt, ein tolerantes und solidarisches Miteinander zu fördern und dieses an die nächsten Generationen weitertragen zu können. Aber: Demokratie ist kein statischer Zustand und scheint im 21. Jahrhundert bedrohter denn je. Zur langfristigen Absicherung der Demokratieförderung fordern wir daher ein Demokratiefördergesetz. Die Landesregierung soll sich im Bundesrat u. a. für eine gesetzliche Verankerung der Demokratieförderung einsetzen, um dauerhafte Förderstrukturen zu schaffen.

[Drucksache 17/3809](#)



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Justizskandal in der JVA Kleve - Landesregierung muss lückenlos aufklären

Es ist ein unfassbarer Polizei- und Justizskandal: Am 17.09.2018 ist es zu einem folgenschweren Brand in der Justizvollzugsanstalt Kleve gekommen, bei dem mehrere Bedienstete und Gefangene teilweise schwer verletzt worden sind. Der Gefangene, in dessen Haftraum der Brand ausgebrochen war, erlag knapp zwei Wochen später seinen Verletzungen. Mittlerweile steht fest, dass der verstorbene 26-jährige Syrer aufgrund einer Verwechslung inhaftiert wurde. Dort saß er über zwei Monate zu Unrecht, bevor es zu dem tragischen Brand kam. In einer aktuellen Stunde forderten wir die Landesregierung auf, die Öffentlichkeit umfassend darüber aufzuklären, wie es zu diesem Skandal kommen konnte, und welche Konsequenzen diese Vorkommnisse mit sich bringen.

[Drucksache 17/3850](#)



Urheber: pixabay - AJEL

Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten - Fördermöglichkeiten ausweiten

Die Bundesregierung hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)“ insbesondere damit beauftragt, im Rahmen eines Aktionsprogrammes notwendige Investitionen für den regionalen Strukturwandel und die betroffenen Wirtschaftsbereiche auszulösen. Dabei sollen bestehende Förderinstrumente von Bund und EU effektiv und zielgerichtet in den betroffenen Regionen eingesetzt werden. Dem Rheinischen Revier stehen bislang zentrale Fördermöglichkeiten in weiten Teilen allerdings nicht offen. So ist die Förderung durch das Programm der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) nur auf ausgewählte, strukturschwache Regionen beschränkt. Wir fordern die Landesregierung daher mit unserem Antrag u. a. dazu auf, auch für die vom Braunkohlenbergbau betroffenen Gebiete des Rheinischen Reviers Zugänge zu den GRW-Fördermöglichkeiten zu schaffen und sich auf Bundesebene für eine Mittelerrhöhung einzusetzen, damit den bestehenden GRW-Förderregionen in NRW durch diese neuen Zugänge keine Nachteile erwachsen.

[Drucksache 17/3811](#)



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Kita-Ausbauprogramm dringend notwendig

Der Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege nimmt stetig zu. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) prognostiziert bis zum Jahr 2025 deutschlandweit einen zusätzlichen Platzbedarf, da sich die Zahl der Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Grundschulalter bei gleichbleibender Entwicklung von derzeit rund 7,7 Mio. um bis zu 415.000 Kinder erhöhen dürfte. Nach wie vor engagieren sich die Kommunen intensiv, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr zu erfüllen. Leider fehlt ihnen beim Ausbau die nötige Unterstützung der Landesregierung. Für die erheblichen Zusatzbelastungen der Kommunen durch den Kita-Ausbau sind für die nächsten Jahre keine weiteren Mittel vorgesehen, die über die bereits laufenden Investitionsprogramme aus rot-grüner Regierungszeit hinausgehen. Wir fordern die Landesregierung daher dazu auf, ein verlässliches und solide finanziertes Kita-Ausbauprogramm aus Landesmitteln aufzulegen, das für die Kommunen über die nächsten drei Jahre mindestens 200 Mio. Euro jährlich bereitstellt.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

[Drucksache 17/3810](#)

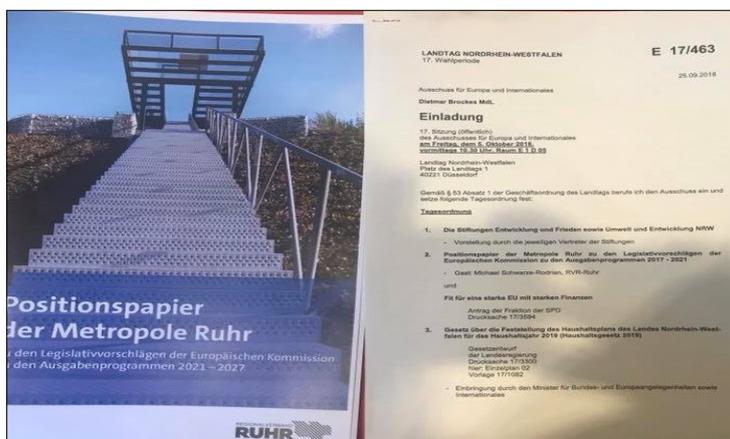
Sondersitzung des Haushaltsausschusses zum Nachtragshaushalt 2018

In der Anhörung zum Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2019 äußerte der Landesrechnungshof erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bzgl. des Nachtragshaushalts für 2018. Diese beziehen sich vor allem auf eine unzulässige Rücklage von Finanzmitteln aus 2018. Bei der geplanten Rücklage handelt es sich um einen Taschenspielertrick, der nur dazu dient, 2019 keine neuen Schulden zu machen.

Daher hat die SPD-Landtagsfraktion für den 15.10. eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses beantragt. Auch in dieser Sitzung konnte Finanzminister Lienenkämper den Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht entkräften.

Wir fordern somit den Finanzminister und die gesamte Landesregierung auf, auf diese Rücklage zu verzichten und stattdessen die Schuldentilgung voranzutreiben, sowie die Kommunen finanziell zu unterstützen und somit einen Beitrag für gleiche Lebensverhältnisse in NRW zu leisten. Durch Haushaltsanträge in den kommenden Wochen werden wir dem Landtag die Gelegenheit geben, an dieser Stelle nachzusteuern.

Ausschuss für Europa und Internationales



Urheber: Sebastian Watermeier

Viel Ruhrgebiet auf der Tagesordnung der letzten Sitzung im Ausschuss für Europa und Internationales: Zum einen der vorbildliche Einsatz des Regionalverband Ruhr für eine an den Bedürfnissen unserer Region orientierte Ausgestaltung der zukünftigen europäischen Förderpolitik, zum anderen auch die geplante Ruhrkonferenz. Leider musste die letztere Diskussion verschoben werden, weil Minister Stephan Holthoff-Pförtner in der Sitzung fehlte. Bis zur nächsten Sitzung hat die Landesregierung dann auch Zeit, das bereits 2015 von den Ruhrgebietsabgeordneten parteiübergreifend beschlossene Abschlusspapier der damaligen Ruhrkonferenz nochmal zu lesen und die Umsetzung einiger noch ausstehender Forderungen auf den Weg zu bringen bzw. größere Anliegen in die Ruhrkonferenz als Diskussionsgrundlage einzubringen.

Zu Besuch im Landtag: ZWAR-Gruppe Schaffrath und EAB Hassel-Süd

Während der Plenarwoche nutzten zwei Besuchergruppen aus Gelsenkirchen die Möglichkeit, den Landtag NRW in Düsseldorf zu besichtigen. Neben der obligatorischen Führung durch das Landtagsgebäude und dem Besuch der Plenarsitzung auf der Besuchertribüne bot sich selbstverständlich beiden Besucher-

Urheber: Daniel Schlieffe



Urheber: Daniel Schlieffe

gruppen die Gelegenheit zu einem Austausch mit ihrer Landtagsabgeordneten Heike Gebhard. Neben konkreten sozialpolitischen Themen sorgten auch Erläuterungen zum allgemeinen Politikverständnis für kurzweilige Diskussionsrunden.

Wahlkreisarbeit

„Pulse of Europe“ in Gelsenkirchen



Als Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete sind wir bei den Kundgebungen von Pulse of Europe e.V. dabei und schwenken gemeinsam die Flagge für Europa. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die sich bei Pulse of Europe einsetzen ist enorm wichtig und zeigt, dass den Menschen die Zukunft von Europa am Herzen liegt! Dass junge, aktive Gelsenkirchener sich für ein starkes Europa engagieren, ist ein wichtiges Signal für unsere Stadt. Wir unterstützen diese Bürgerbewegung und rufen alle Bürgerinnen und Bürger in Gelsenkirchen dazu auf, sich ebenfalls an den Kundgebungen zu beteiligen.

Urheber: Privat



Zu Besuch in der Ehrenamtsagentur Gelsenkirchen e.V.



Urheber: Gianluca Bruno

Wer sich ehrenamtlich betätigen möchte, der wendet sich an die Ehrenamtsagentur Gelsenkirchen e.V. Beim Gespräch mit den Geschäftsführern Beate Rafalski und Johannes Mehlmann wurde abermals sehr deutlich, was für ein vielfältiges Angebot die Ehrenamtsagentur in Gelsenkirchen für Interessierte bereithält: Dabei steht die Vermittlung und Qualifizierung von Ehrenamtler*innen im Vordergrund. Daneben wird aber noch eine Vielzahl an Projekten betreut, die die Förderung des Ehrenamts auf unterschiedlichste Weise vorantreibt. Vorbildlich ist die Zusammenarbeit mit der Stadt Gelsenkirchen, die zu den 48 Mitgliedern der Ehrenamtsagentur gehört.

Auf eine weiterhin gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit im Stadtgebiet!